

Johannes Müller SJ

Die Zukunft der Weltbevölkerung

Sozialethische Überlegungen zur Bevölkerungspolitik

Die vom 6. bis 13. August 1984 in Mexiko-Stadt stattfindende Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen wird die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wieder einmal auf das drängende und vielschichtige Problem des Bevölkerungswachstums in unserer Welt lenken. Dabei wird wie immer die Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt im Mittelpunkt stehen. Aufgabe dieser Konferenz wird es zum einen sein, kritisch Bilanz zu ziehen, inwieweit das Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest 1974 erfolgreich war. Zum anderen wird sie sich bemühen, auf der Basis der gesammelten Erfahrungen neue bevölkerungspolitische Vorschläge und Programme zu erarbeiten.

Vor allem die Diskussion um die künftige Bevölkerungspolitik und Familienplanung wird zweifellos wieder sehr kontrovers verlaufen, werden die politischen Maßnahmen und Programme in diesem Bereich doch häufig sehr unterschiedlich bewertet. Dies ist nicht sehr verwunderlich; denn hier geht es um Fragen, die das Leben der Menschen zutiefst berühren und weitreichende ethisch-moralische Implikationen haben. Freilich sind manche Stellungnahmen und Bewertungen, die unter einem hohen ethisch-moralischen Anspruch stehen, vorsichtig gesagt wenig hilfreich, insofern sie fast jeden Bezug zum demographischen Datenmaterial und bevölkerungssoziologischen Tatbestand vermissen lassen und damit im Grund genommen die Menschen besonders in den Entwicklungsländern mit ihren Problemen allein lassen.

Dieses Anliegen will dieser Artikel aufgreifen, wenn er versucht, sozialethische Überlegungen zum Problembereich der Bevölkerungspolitik vorzulegen. In einem kurzen ersten Teil soll das Entwicklungsverständnis skizziert werden, das als Grundlage für die weiteren Überlegungen dienen wird. Der zweite und Hauptteil wird dann in acht Thesen sozialethische Imperative zur Bevölkerungspolitik entfalten, wobei jeweils Ergebnisse der heutigen Bevölkerungssoziologie als Ausgangspunkt dienen werden. Um diese Ergebnisse etwas zu veranschaulichen, wird an einigen Stellen auf Indonesien als Fallbeispiel Bezug genommen. Dies empfiehlt sich insofern, als dieses Land mit seiner Bevölkerung von gut 155 Millionen Menschen nach der VR China und Indien das drittgrößte Entwicklungsland der Welt und in vieler Hinsicht durchaus charakteristisch für die gegenwärtige Bevölkerungsproblematik ist¹.

Entwicklungsverständnis und Grundprämissen

Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt wird und muß immer im Kontext der viel umfassenderen Entwicklungspolitik dieser Länder geschehen. Damit stellt sich unvermeidlich die Frage nach dem Ziel der Entwicklungspolitik beziehungsweise nach dem Entwicklungsverständnis, von dem ausgegangen werden soll. Die folgenden Überlegungen betrachten es als das Ziel jeder Entwicklungspolitik, „das menschliche Leid in all seinen Formen und Dimensionen zu überwinden bzw. zumindest so weit als möglich in Grenzen zu halten“². Fundamentale Formen solchen Leides wären zum Beispiel Hunger, Krankheit, Armut, Folter oder Unterdrückung. All dies sind menschliche Erfahrungen, die wohl (kulturunabhängig) für niemand einfach hinnehmbar sind, sondern gewissermaßen aus sich selbst heraus nach ihrer Überwindung schreien.

„Menschliches Leid“ als grundlegendes Kriterium in dieser Definition darf freilich nicht zu eng verstanden werden, so als ob es nur physischer Natur wäre. Es kann nämlich auch kognitive, psychische, soziale und andere Züge annehmen. So leiden etwa viele Menschen in den Entwicklungsländern sehr darunter, daß sie lediglich als Objekte von Politik und Entwicklung behandelt werden. Und vielleicht noch schlimmer ist es, wenn sie mehr oder weniger ersatzlos ihrer Kultur beraubt werden, das heißt jenes fundamentalen Orientierungsrahmens, der ihrem Leben Sinn verleiht und ihrem Handeln die Richtung weist.

Daraus läßt sich als erste grundlegende Schlußfolgerung ableiten, daß auch jede bevölkerungspolitische Maßnahme an diesem Kriterium zu messen ist. Auch die Bevölkerungspolitik sollte also zur Befreiung des Menschen von Leid beitragen, und zwar auf eine Art und Weise, die nicht gleichzeitig neues menschliches Leid in anderer Form schafft.

Selbstverständlich ist diese Grundprämisse allein nicht ausreichend. Soll sie politisch relevant und wirksam werden, so bedarf sie der Hilfe der bevölkerungssoziologischen Analyse im entwicklungspolitischen Kontext. Es wird notwendig sein, die vielfältigen Zusammenhänge und Ursachengefüge zu untersuchen, die zwischen der Bevölkerungssituation einerseits und dem Leid der Menschen andererseits bestehen, um von hierher nach möglichen Lösungen zu suchen. Dabei kommt der soziokulturellen Dimension, also dem Wertesystem, der Mentalität, der Sozialstruktur sowie den Institutionen einer Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu.

Auf diesem Hintergrund lassen sich einige weitere Prämissen nennen, die im Grund nichts anderes als Merkmale bzw. Implikationen dieses Entwicklungsverständnisses sind und denen gerade im Hinblick auf die Bevölkerungspolitik große Bedeutung zukommt. Eine Entwicklungspolitik, die die eben genannte Zielrichtung hat, muß immer von der konkreten Situation der Menschen und ihrer Gesellschaft ausgehen. Dem sind alle anderen Ziele unterzuordnen, wie erhaben

und großartig sie auch an sich sein mögen. Mit anderen Worten, Entwicklung muß immer „Entwicklung von unten“ sein, was nicht nur eine ethische Forderung, sondern ebenso sehr unabdingbare Voraussetzung jeder erfolgreichen Entwicklungspolitik ist. Das aber bedeutet zuallererst ein Ernstnehmen der jeweiligen Kultur, dabei wohl wissend, daß jede Kultur ambivalent und dementsprechend korrekturbedürftig ist. Es verlangt weiter echte und aktive Partizipation der betroffenen Menschen, nicht nur bei der Durchführung von politischen Maßnahmen, sondern auch schon beim Prozeß der Entscheidungsfindung. Schließlich muß eine Entwicklungspolitik in diesem Sinn immer auch armutsorientiert sein, sind es doch gerade die Armen und Unterprivilegierten, die am meisten zu leiden haben.

Ein solches Entwicklungsverständnis entspricht wohl auch dem Grundverständnis vom Menschen in allen großen Religionen universellen Charakters. Sie alle betrachten den Menschen in irgendeiner Weise als Gipfel der Schöpfung und halten es folgerichtig für unerlaubt, ihn einfach für andere Ziele zu opfern. Sie alle kennen auch die ethische Forderung, das Leid der Mitmenschen zu lindern. Ganz sicher gilt dies für die christlichen Kirchen, die heute übereinstimmend von der Befreiung des Menschen in einem umfassenden Sinn sprechen, ja häufig sogar für eine besondere „Option für die Armen“ eintreten. Auch vom Evangelium her ließe sich diese Sicht mühelos begründen. Damit ist in keiner Weise bestritten, daß die christlichen Kirchen in ihrer Praxis diesem Anspruch leider oft nur sehr ungenügend gerecht wurden und werden.

Acht Thesen zur Bevölkerungspolitik und Familienplanung³

1. Eine weltweite Analyse der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung zeigt, daß zumindest längerfristig eine tendenziell nicht zunehmende Bevölkerung nötig ist; sollen alle Menschen, auch künftige Generationen, unter menschenwürdigen Umständen leben können. Diese Erkenntnis bietet gleichwohl bestenfalls einen sehr allgemeinen Rahmen für die praktische Bevölkerungspolitik.

Unsere Erde kann zweifellos nur einer begrenzten Anzahl von Menschen den notwendigen Lebensraum und Lebensunterhalt bieten, auch wenn wir zugegebenermaßen nicht genau wissen, wo diese Grenze liegt. Berücksichtigt man die Interessen künftiger Generationen, so wäre es in jedem Fall unverantwortlich, sich diesen Grenzen allzu schnell zu nähern. Hinzu kommt, daß schon jetzt eine Verbesserung der Lebensverhältnisse einer Großzahl von Menschen durch das Ausmaß des Bevölkerungswachstums zumindest sehr erschwert wird.

All das zeigt, daß zwar nicht kurzfristig (was sowieso nicht möglich wäre), aber in jedem Fall längerfristig ein Zeitpunkt erreicht werden dürfte, wo sich die Zahl der Weltbevölkerung auf einen mehr oder weniger gleichbleibenden (stationären) Stand einpendeln muß, sollen alle Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen

können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Weltbevölkerung von gegenwärtig etwa 4,8 Milliarden Menschen auf jeden Fall, wenn keine globale Katastrophe eintritt, bis zum Jahr 2000 auf mindestens 6 Milliarden Menschen anwachsen wird. Das Problem ist also bereits sehr drängend⁴.

Da allerdings die bevölkerungspolitisch relevanten Entscheidungen nicht auf Weltebene getroffen werden können, ja die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung sogar von mehr oder weniger individuellen Entscheidungen abhängt, ist diese globale Sicht zwar theoretisch richtig und notwendig, läßt sich aber dennoch nicht unmittelbar in praktische bevölkerungspolitische Entscheidungen umsetzen.

2. Eine historische Analyse der Bevölkerungsentwicklung zeigt, daß es keine gewissermaßen naturgesetzlich festen Bevölkerungsgesetze, sondern lediglich historisch-gesellschaftlich bedingte Bevölkerungsentwicklungen gibt. Dies macht eine bewußte und aktive Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsplanung notwendig, soll das in der ersten These genannte Ziel erreicht werden.

Eine genauere und vergleichende Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung in den Industrie- wie den Entwicklungsländern zeigt deutlich, daß der Verlauf des Bevölkerungswachstums immer von einer Vielzahl von spezifischen historischen und soziokulturellen Bedingungen abhängig und geprägt war. Dabei weisen die Entwicklungsländer eine Reihe von Merkmalen auf, die es nur höchst bedingt erlauben, sie mit den Industrieländern zu vergleichen. So verläuft etwa ihr Bevölkerungswachstum sehr viel schneller, da die Sterberate in einem viel kürzeren Zeitraum gesenkt werden konnte. Dies wiederum hat eine größere Zunahme der Bevölkerung zur Folge, zumal die absoluten Ausgangszahlen häufig schon sehr hoch liegen. Auch haben die Entwicklungsländer meist keine Auswanderungsmöglichkeiten, ein Ventil, das Europa fast ein Jahrhundert lang außerordentlich entlastete.

Grundlegender Faktor und zugleich Hauptursache dieser historisch einmaligen Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt ist jedoch die Tatsache, daß das Sinken der Sterblichkeit in diesen Ländern einen autonomen Prozeß darstellt, der durch äußere Einflüsse ausgelöst wurde, nämlich den Transfer der medizinisch-hygienischen Technologie des Westens. Nicht mitübertragen wurden dagegen die Wurzeln dieser Technologie, die in jenem Prozeß der Aufklärung und Rationalität zu suchen sind, der das wissenschaftlich-technische Zeitalter in Europa eingeläutet hat, was längerfristig auch die Geburtenrate sinken ließ. Dies hatte in den Entwicklungsländern eine Desintegration der Bevölkerungsentwicklung von der gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen zur Folge.

All das läßt nicht begründeterweise erwarten, daß die Fruchtbarkeit bzw. Geburtenrate in den Entwicklungsländern sozusagen automatisch nach dem Modell der Industrieländer allmählich zurückgehen und damit auch das Bevölkerungswachstum in einer Art von Selbstregelungsmechanismus zum Stillstand

kommen wird. Folglich dürfte nur eine bewußte und intensive Bevölkerungspolitik direkter Art dazu imstande sein, die rapide Bevölkerungszunahme so weit zu bremsen, daß das in der ersten These genannte Ziel einer tendenziell stationären Weltbevölkerung erreicht werden kann⁵.

Diese Notwendigkeit wird auch dadurch unterstrichen, daß bevölkerungspolitische Maßnahmen immer erst mittel- bis längerfristig greifen und Erfolge zeitigen. Man kann also nicht warten, was sich möglicherweise automatisch ereignen wird, denn es könnte dann bereits zu spät sein. Da die gegenwärtige Bevölkerungssituation schon genügend Anlaß zur Sorge gibt und ein massives weiteres Anwachsen der Weltbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten sowieso kaum zu verhindern ist, scheint der Zeitpunkt für eine bewußte, aktive und langfristig angelegte Bevölkerungspolitik auf jeden Fall gekommen zu sein.

3. Die demographische Situation der Entwicklungsländer stellt sich länder- und nicht selten sogar regionalspezifisch sehr verschieden dar. Dies gilt ganz besonders im Hinblick auf eine Vielzahl von Bezugsfaktoren, die eine demographische Situation erst zum Problem machen. Ebenso sind die gesellschaftlichen Faktoren, die das generative Verhalten bestimmen, kulturspezifisch sehr unterschiedlich. Daher muß auch die praktische Bevölkerungspolitik bzw. Familienplanung immer spezifisch sein.

Wie komplex und spezifisch die demographische Situation in vielen Entwicklungsländern ist, läßt sich eindrucksvoll am Beispiel Indonesiens aufzeigen⁶. Die Volkszählung im Jahr 1980 erbrachte das Ergebnis, daß die Bevölkerung seit 1971 jährlich um durchschnittlich 2,32 Prozent zugenommen hatte, und das trotz intensiver und relativ erfolgreicher Familienplanung. Dies war ein ziemlicher Schock, hatte man doch nur mit gut zwei Prozent gerechnet. Damit wuchs die Bevölkerung in diesem Zeitraum um fast 30 Millionen von 119,2 auf 147,4 Millionen Menschen. Die damit gegebene Bevölkerungsdichte von 73 Einwohnern pro qkm mag auf den ersten Blick nicht besonders besorgniserregend erscheinen, vergleicht man sie etwa mit den 248 Einwohnern pro qkm in der Bundesrepublik Deutschland.

Das eigentliche Problem Indonesiens ist aber seine völlig ungleiche Bevölkerungsverteilung. 91,3 Millionen Menschen und damit knapp 62 Prozent der Bevölkerung lebten 1980 auf der zentralen Insel Java, obwohl diese nur knapp sieben Prozent der Gesamtfläche Indonesiens umfaßt (etwa die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik Deutschland). Damit wies diese Insel eine Bevölkerungsdichte von 678 Einwohnern pro qkm auf. Eine derart hohe Bevölkerungsdichte eines so großen Gebiets ist auf jeden Fall sehr besorgniserregend, was ganz besonders für die Großräume Jakarta und Yogyakarta gilt. Umgekehrt beträgt die Bevölkerungsdichte der sehr viel größeren Inseln Sumatra nur 52, Celebes 46, Borneo zwölf und Westneuguinea vier Einwohner pro qkm. Ähnlich unterschiedlich sieht es bei der

Bevölkerungszuwachsrates aus, die zwischen 1,09 Prozent für die Provinz Yogyakarta und 5,82 Prozent für die Provinz Lampung (Südsumatra) lag. Für Gesamtjava belief sie sich auf 2,04 Prozent.

Noch mehr Sorgen bereiten freilich die weiteren Perspektiven. Selbst wenn man von einer Zuwachsrates der Bevölkerung von nur zwei Prozent ausgeht, bedeutet das, daß die Bevölkerung Indonesiens in den vergangenen drei Jahren jährlich um weitere drei Millionen gewachsen ist und Ende 1983 156,4 Millionen Menschen zählte. Es ist zu erwarten, daß sie bis zum Jahr 2000 auf annähernd 210 Millionen zunehmen wird. Die Bevölkerung Javas allein ist in den vergangenen drei Jahren (bei einer angenommenen Zuwachsrates von 1,9 Prozent) von 91,3 auf 96,6 Millionen gewachsen und wird im Jahr 2000 voraussichtlich mindestens 125 Millionen Menschen umfassen. Dies bedeutet, daß die Bevölkerungsdichte Javas in nur drei Jahren von 678 auf 717 Einwohner pro qkm zugenommen hat und im Jahr 2000 bei etwa 925 liegen wird.

Schon diese wenigen Zahlen, die sich natürlich beliebig weiter auffächern ließen, sollten deutlich gemacht haben, daß es keine „Überbevölkerung“ als solche gibt, so man überhaupt diesen etwas problematischen Begriff verwenden will. Von einem Bevölkerungsproblem läßt sich vielmehr immer nur in bezug auf eine Vielzahl von Rahmenfaktoren sprechen, wie zum Beispiel den natürlichen Lebensraum, die vorhandenen Ressourcen, den Nahrungsspielraum, den Energiebedarf, die ökologische Belastbarkeit, den ökonomischen Entwicklungsstand, die wirtschaftliche Leistungskraft oder die soziale Dichte. Dabei ist jeweils im einzelnen genau festzustellen, im Hinblick auf welchen oder welche dieser Faktoren dem Bevölkerungswachstum Grenzen gesetzt sind. So ist Java etwa im Hinblick auf fast alle dieser Faktoren als total „überbevölkert“ zu bezeichnen. Die großen anderen Inseln Indonesiens dagegen sind eher „unterbevölkert“, was freilich insofern einzuschränken ist, als sie teilweise Java mitversorgen müssen und sich immer mehr der Grenze ihrer ökologischen Belastbarkeit nähern, etwa was das Abholzen der tropischen Regenwälder betrifft. Der Situation Javas vergleichbar ist wohl allein Bangladesch, etwa von derselben Ausdehnung wie Java, das gegenwärtig gut 95 Millionen Einwohner bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrates von 2,8 Prozent zählt und eine Bevölkerungsdichte von etwa 650 Bewohnern pro qkm aufweist. Da Bangladesch aber kein „Hinterland“ besitzt, das es mitversorgen könnte, und von seiner natürlichen Ausstattung her extrem arm ist, gibt sein Bevölkerungsproblem noch mehr Anlaß zu größter Sorge⁷.

Ähnlich unterschiedlich sind meist die jeweiligen soziokulturellen Bedingungen, die das generative Verhalten in einer Gesellschaft beeinflussen und prägen. So trifft man etwa allein in Indonesien schon Hunderte von Völkern, Kulturen und Sprachen sowie eine Vielzahl von Religionen. Entsprechend vielfältig sind auch die jeweiligen Wertordnungen und Sozialstrukturen, etwa im Hinblick auf die Zahl der gewünschten Kinder oder die Stellung der Frau, sowie andere gesellschaftliche

Faktoren, welche sich auf das Fortpflanzungsverhalten der Menschen auswirken⁸.

Es ist daher schon aus sachlichen Gründen geboten, daß auch die praktische Bevölkerungspolitik bzw. Familienplanung immer spezifisch ist, das heißt, sie muß auf die jeweils spezifischen Verhältnisse ausgerichtet und ihnen angepaßt sein. Dafür spricht darüber hinaus auch der Grundsatz einer „Entwicklung von unten“. Gerade die indonesische Situation zeigt, wie schon innerhalb eines einzigen Landes einerseits bevölkerungspolitische Maßnahmen von höchster Dringlichkeit sind, es andererseits aber Regionen gibt, in denen eine höhere Bevölkerungszahl durchaus wünschenswert sein könnte.

4. Die makrosoziologische Sicht der Bevölkerungsprobleme ist nur eine Teilsicht. Mindestens ebenso wichtig ist die Perspektive der betroffenen Menschen selbst, die in ihren generativen Entscheidungen sehr wohl rational handeln. Folglich ist eine Bevölkerungspolitik nur dann erfolgversprechend und ethisch verantwortbar, wenn sie erstens bei der Sicht der Betroffenen ansetzt und sie durch positive Werte zur Familienplanung motiviert, zweitens den lokalen Verhältnissen angepaßt ist und drittens auf direkte Zwangsmittel verzichtet.

Eine rein makrosoziologische Betrachtung der Bevölkerungsproblematik, so notwendig sie ist und so richtig sie sein mag, bietet immer nur eine Teilsicht und ist daher nie ausreichend. Erfolg und Scheitern jeder Familienplanung werden letztlich davon abhängen, ob es gelingt, die Menschen positiv für sie zu motivieren, das heißt, ihnen deutlich zu machen, daß eine geringere Kinderzahl in ihrem eigenen Interesse liegt. Dies setzt voraus, daß man von den Bedürfnissen und Nöten wie auch Werten dieser Menschen ausgeht. Auf jeden Fall ist ihr Wunsch nach vielen Kindern zu berücksichtigen und ernst zu nehmen, denn er ist unter den gegebenen Umständen und auf dem Erfahrungshorizont dieser Menschen meist höchst rational, auch wenn er in offensichtlichem Widerspruch zu den Zielen der Bevölkerungspolitik steht. Eine große Kinderzahl bedeutet für sie nämlich tatsächlich Glück, Gemeinschaftserfahrung, persönliche Erfüllung, wirtschaftlichen Nutzen, Sicherheit für das Alter, soziale Wertschätzung, religiöse Sinnerfahrung und anderes mehr. Dabei wägen sie im allgemeinen sehr wohl zwischen den Vor- und Nachteilen eines weiteren Kindes ab. Individuelles und soziales Bevölkerungsoptimum sind eben nun einmal nicht identisch.

Unter makrosoziologischer Rücksicht stellen diese Wertungen und Einstellungen freilich nicht selten Hindernisse dar. Diese lassen sich nur dann überwinden, wenn die betroffenen Menschen nicht nur über die Familienplanung informiert werden, sondern auch konkret erfahren können, daß eine begrenzte Kinderzahl im Interesse ihres eigenen Wohls wie des ihrer Kinder liegt. Aus diesem Grund ist es immer falsch und schädlich, Familienplanung einfach mit dem Gebrauch von Verhütungsmitteln oder gar Sterilisation gleichzusetzen.

Solch eine positive Motivierung kann nur dann gelingen, wenn die Familienplanung lokal ausgerichtet ist, denn nur auf dieser Ebene ist ein wirkliches und echtes Eingehen auf die Situation der Menschen möglich. Und nur hier in ihren alltäglichen Lebensumständen vor Ort können sie die notwendigen positiven Erfahrungen mit der Familienplanung machen. Das schließt eine zentrale Rahmenplanung selbstverständlich keineswegs aus. Umgekehrt wird jeder derartige Motivierungsversuch fehlschlagen und sich als reine Propaganda herausstellen, wenn er durch offensichtlich negative Erfahrungen der betroffenen Menschen widerlegt wird.

Von diesen Überlegungen her verbietet es sich wohl von selbst, physische oder sonstige direkte Zwangsmittel (im Unterschied zu indirekten Anreizen) zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums einzusetzen. Abgesehen davon wirkt sich ein zwangsweises Vorgehen auf längere Sicht sowieso meistens gegenteilig aus, bewirkt es doch einen auf lange Zeit unüberwindbaren Haß gegen jegliche Familienplanung, ganz zu schweigen davon, daß ein so tief in die Privatsphäre eingreifender Zwang sich nur schwerlich ethisch rechtfertigen läßt, verursacht er doch tiefes Leid für die betroffenen Menschen. Gerade wenn man solchen Zwang unter allen Umständen vermeiden will, ist es aber um so wichtiger, eine sinnvolle Familienplanung *jetzt und heute* zu fördern, damit nicht irgendwann einmal der Zeitpunkt eintritt, an dem es keine Alternative zu Zwangsmaßnahmen mehr gibt, sollen noch schlimmere Übel vermieden werden.

5. Übergeordnetes Ziel jeder Entwicklungspolitik und folglich auch Bevölkerungspolitik ist es, das Wohl der Menschen zu fördern und menschenunwürdige Verhältnisse zu überwinden. Das Bevölkerungswachstum ist nun keineswegs die einzige, sondern nur eine von vielen Ursachen für das Leid der Menschen in den Entwicklungsländern. Bevölkerungspolitik und Familienplanungsprogramme sind daher nur dann rechtfertigbar und sinnvoll, wenn sie in ein umfassendes armutsorientiertes Entwicklungsprogramm integriert sind.

In dieser These geht es um die richtige Reihenfolge, wie sie im zu Beginn skizzierten Entwicklungsverständnis grundgelegt ist. So notwendig eine Abnahme des Bevölkerungswachstums in den meisten Entwicklungsländern ist, so wenig ist sie eine hinreichende Bedingung für die Erreichung der gesteckten Entwicklungsziele. Faktoren wie die völlig ungleiche Verteilung auf internationaler wie nationaler Ebene sowie die Machtverhältnisse und politischen Maßnahmen, die für diesen Zustand verantwortlich sind und ihn aufrechterhalten, sind mindestens ebenso ursächlich für die weitverbreitete Armut und Not in diesen Ländern wie das rapide Bevölkerungswachstum. Diese Tatsache wird in der bevölkerungspolitischen Diskussion leider nur allzuoft vernachlässigt. Dies macht auch den Vorwurf vieler Entwicklungsländer verständlich, bei der Propaganda für Familienplanungsprogramme in ihren Ländern handle es sich nur um kulturimperialistische Manöver

der reichen Industrieländer, um von den wirklichen Verteilungsproblemen abzulenkten.

Es ist daher aus ethischen, sachlichen wie auch psychologischen Gründen erforderlich, daß Bevölkerungspolitik und Familienplanung immer als integraler Teil eines umfassenden Entwicklungsprogramms betrieben werden. Ein solches Entwicklungsprogramm müßte besonders auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse, eine gerechtere Einkommensverteilung, integrierte Dorfentwicklung, Ausbreitung des Bildungswesens, mehr soziale und politische Mitspracherechte und ähnliches mehr ausgerichtet sein. Es würde damit gerade im Hinblick auf das generative Verhalten eine wichtige und zukunftsorientierte Funktion ausüben. So gibt zum Beispiel eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse eher das nötige Vertrauen, daß die künftige wirtschaftliche Sicherheit nicht allein von der Zahl der Kinder abhängt. Mehr und bessere Bildung machen es leichter, Kenntnisse über die Familienplanung zu vermitteln, umfassendere Perspektiven zu eröffnen und das Interesse am qualitativen Weiterkommen der Kinder zu fördern. Auch in diesem Zusammenhang ist es allerdings wichtig, daß diese Programme lokal ausgerichtet und erfahrbar sind, denn nur vor Ort können sich die Menschen davon überzeugen, daß sich ihre Lebensverhältnisse tatsächlich bessern.

Noch ein Wort zu den Umsiedlungsprogrammen, die in einigen Ländern mit der Zielsetzung einer günstigeren Bevölkerungsverteilung betrieben werden. So gibt es zum Beispiel in Indonesien schon seit vielen Jahren großangelegte sogenannte Transmigrationsprogramme, durch die vor allem Familien und ganze Dörfer vom „überbevölkerten“ Java auf die bevölkerungsarmen anderen Inseln umgesiedelt werden. Derartige Maßnahmen, die sich fast von selbst zu empfehlen scheinen, sind sicher sinnvoll und können auch zu einer gewissen Entlastung beitragen. Dabei ist allerdings immer zu berücksichtigen, daß sie schon aus finanziellen und organisatorischen Gründen nur sehr schwer durchführbar sind und daher immer nur einen sehr begrenzten quantitativen bevölkerungspolitischen Effekt haben, ganz zu schweigen davon, daß sie häufig ernste ethnische und soziokulturelle Konflikte auslösen. Sie können daher auf keinen Fall eine direkte Familienplanung ersetzen⁹.

6. Zwischen Familienplanung und Gesundheitspolitik besteht ein besonders enger Zusammenhang. Aus diesem Grund ist die Integration der Familienplanung in ein umfassenderes Programm zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse besonders wichtig.

Es besteht eine Vielzahl von Wechselbeziehungen zwischen Gesundheit und generativem Verhalten. So hat etwa hohe Kindersterblichkeit im allgemeinen eine hohe Geburtenzahl zur Folge. Umgekehrt verringert eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit der Frauen und der Kinderzahl die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Auch schlechte Gesundheit und unzureichende Wohnverhältnisse sowie die damit

gegebene Armut fördern den Wunsch nach mehr Kindern zur ökonomischen Sicherung. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die Mittel der Familienplanung von den Menschen meist als medizinische Maßnahmen erfahren werden. Nicht selten haben sie auch gesundheitliche Folgen, welche medizinische Hilfe, Beratung und Betreuung notwendig machen¹⁰.

Aus diesen Gründen scheint es besonders wichtig, Maßnahmen der Familienplanung nur in Verbindung mit umfassenden Gesundheitsprogrammen durchzuführen, wobei diese vor allem auf die primäre Gesundheitsversorgung ausgerichtet sein sollten. Diese Verbindung ist zum einen aus sachlichen Gründen wünschenswert. Obwohl nämlich verbesserte Gesundheitsverhältnisse kurzfristig eher die Sterblichkeit senken und damit das Bevölkerungswachstum fördern, dürften sie doch mittel- und langfristig zu einem günstigeren generativen Verhalten beitragen. Zum anderen dürfte ohne einen derartigen Rahmen die Bevölkerung kaum zu aktiver Familienplanung zu motivieren sein. Die Gesundheit der Kinder und der Familie hat nämlich in jedem Fall einen hohen Motivationswert. Wenn die Menschen nun die positive Erfahrung besserer Gesundheit machen, wird eine Vertrauensbasis zum medizinischen Personal entstehen, die sich auch auf deren Ratschläge bezüglich Familienplanung günstig auswirken wird. Man darf nicht vergessen, daß in vielen Kulturen der Dritten Welt gerade derartige Entscheidungen hauptsächlich auf personalistischer Basis getroffen werden, weniger auf Grund von sachlich-objektiven Argumenten. Auch hier wiederum ist ein auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort ausgerichtetes Vorgehen unerläßliche Vorbedingung.

7. Die bei der Familienplanung eingesetzten Methoden müssen nicht nur medizinisch-ethisch verantwortbar, sondern auch – wenigstens in ihrer Gesamtheit – für alle sozialen Schichten zugänglich sein. Besonders wichtig ist dabei das Angebot von Mitteln, die auch für die arme und marginale Bevölkerung verständlich und anwendbar sind.

Selbstverständlich müssen die verschiedenen Methoden, die im Rahmen der Familienplanung angeboten werden, medizinisch unbedenklich und möglichst sicher sowie ethisch verantwortbar sein. Bei der diesbezüglichen Urteilsfindung kommt der medizinischen Kompetenz zweifellos besondere Verantwortung zu. Einen Hinweis darauf, daß in dieser Hinsicht nicht alles zum Besten bestellt ist, findet man in jüngsten Berichten etwa der Weltgesundheitsorganisation (WHO), nach denen die empfängnisverhütende sogenannte Drei-Monats-Spritze, die in vielen Entwicklungsländern wie zum Beispiel Indonesien seit Jahren viel benutzt wird, medizinisch als höchst bedenklich gilt. Die Tatsache, daß diese Methode in einigen Industrieländern sogar verboten ist, legt zumindest den Verdacht eines leichtfertigen Einsatzes in den Entwicklungsländern nahe.

Gewichtige Gründe sprechen in jedem Fall gegen Schwangerschaftsabbruch als Mittel der Bevölkerungskontrolle. Einmal ist er mit viel zuviel Risiken verbunden,

gerade unter den unzureichenden gesundheitlichen Bedingungen in den Entwicklungsländern. Zweitens ist der Schwangerschaftsabbruch den Wertordnungen und religiösen Moralvorstellungen der meisten Entwicklungsgesellschaften diametral entgegengesetzt. Schließlich geht er auf Kosten ungeborenen Lebens und widerspricht damit jedem Entwicklungsverständnis, das sich die Erhaltung allen Lebens unter möglichst menschenwürdigen Bedingungen zum Ziel setzt, ganz zu schweigen davon, daß gerade jüngste Forschungsergebnisse dafür sprechen, daß dieses Mittel mit großem menschlichen Leid für die Betroffenen verbunden ist. Schwangerschaftsabbruch läßt sich daher sicher nicht als eine Methode der Bevölkerungsplanung rechtfertigen.

Großes Gewicht bei der Beurteilung der Methoden der Familienplanung verdient aber auch die Forderung, daß diese prinzipiell, das heißt wenigstens in ihrer Gesamtheit, für alle Bevölkerungsschichten und -gruppen zugänglich sein sollten. Hierfür lassen sich vor allem zwei Argumente anführen. Zum einen ist jede Bevölkerungspolitik zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht die breite Mehrheit gerade auch der ärmeren Bevölkerung erreicht. Zum anderen haben alle Menschen, auch die auf Grund ihrer Armut in fast jeder Hinsicht marginalisierten Gruppen, das Recht auf eine Methode der Familienplanung, von der vernünftigerweise angenommen werden kann, daß sie für sie verständlich und damit auch durchführbar ist. Diesem Kriterium werden aber, berücksichtigt man Lebensweise und Bildungsstand der Armen, im allgemeinen nur solche Mittel der Empfängnisverhütung gerecht, die billig, leicht erhältlich und möglichst einfach anwendbar sind. Die Tatsache, daß gerade unter diesen Menschen die Zahl der gewünschten Kinder meist kleiner ist als die tatsächliche Kinderzahl, spricht dafür, daß in dieser Hinsicht erhebliche Mängel bestehen. Die Bereitschaft zu weniger Kindern ist jedenfalls durchaus oft gegeben.

Die Erfahrung in Entwicklungsländern wie etwa Indonesien hat nun aber gezeigt, daß im allgemeinen weder die „natürliche Familienplanung“ noch die „Pille“ diesen Ansprüchen gerecht werden. Beide Methoden setzen einen Bildungsstand wie eine Lebensweise voraus, die sie unter normalen Umständen nur für die Ober- und Mittelschicht erreichbar machen. In den armen Bevölkerungsschichten lassen sie sich nur dann mit einiger Aussicht auf Erfolg einsetzen, wenn die entsprechenden Programme außerordentlich personalintensiv durchgeführt werden, was erfahrungsgemäß nur in einigen wenigen Ausnahmefällen möglich ist. Jedenfalls wäre es völlig unrealistisch, eine nationale Familienplanung in bevölkerungsreichen Ländern auf dieser Grundlage konzipieren zu wollen.

Selbstverständlich ändert das nichts am Grundsatz, daß die Menschen nicht nur in ihrer generativen Entscheidung, sondern auch in der Wahl der Mittel der Familienplanung frei sein sollen. Ganz im Gegenteil, denn die Armen haben nur dann wirklich eine Wahl, wenn ihnen überhaupt realistische Möglichkeiten angeboten werden.

Gerade die Frage der sozial-ethischen Verantwortbarkeit der verschiedenen Methoden der Familienplanung kann wohl nur in interdisziplinärem Gespräch und interdisziplinärer Zusammenarbeit weiter geklärt werden. Dabei wird es sehr darauf ankommen, die spezifischen Vor- und Nachteile der jeweiligen Methoden unter all den hier genannten Rücksichten abzuwägen. Ganz besonders muß aber darauf geachtet werden, daß ethisch-moralische Urteile nicht implizit und vielleicht ungewollt eine soziale Diskriminierung enthalten und damit dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit widersprechen, indem sie den Armen die Familienplanung faktisch verwehren bzw. unmöglich machen. Mancher Stellungnahme von seiten der großen Religionen, die christlichen Kirchen eingeschlossen, kann man leider nicht den Vorwurf ersparen, diese zentrale Problematik völlig außer acht zu lassen.

8. Familienplanung wird in den Entwicklungsländern wohl nur dann erfolgreich sein, wenn bewußt und aktiv für sie geworben und über sie informiert wird, und zwar sowohl was das Ziel als auch was die Methoden angeht. Es ist in diesem Zusammenhang weder hilfreich noch sozial vertretbar, wenn man einerseits die Ziele der Familienplanung unterstützt, andererseits aber keine realistischere Mittel anbietet.

Diese These schließt unmittelbar an die vorangegangene an und betrifft erneut die Tatsache, daß in den Entwicklungsländern die große Mehrheit der Bevölkerung in sehr bescheidenen und oft ärmlichen Verhältnissen lebt. In ihrer großen Mehrzahl werden diese Menschen kaum von sich aus eine regelmäßige Familienplanung beginnen, sondern sie werden erst über sie informiert und für sie gewonnen werden müssen. Dabei wird es nicht genug sein, nur für die Ziele der Familienplanung zu werben, ohne auch relativ klar aufzuzeigen, welche Möglichkeiten dafür sinnvollerweise in Frage kommen. Der Verweis auf die eigene Gewissensentscheidung, so richtig er an sich ist, mag unter den Lebensbedingungen der Industrieländer ausreichend sein, stellt aber für die arme Bevölkerung in der Dritten Welt nur höchst bedingt eine Hilfe dar, da diese Menschen meist nur über einen sehr begrenzten Bildungs- und Informationsstand verfügen und im Kontext traditioneller Gesellschaften mit überkommenen Autoritätsmustern leben. Natürlich darf dies nicht als eine Aufforderung zur Entmündigung der Armen mißverstanden werden, was die vierte These hinreichend deutlich gemacht haben sollte. Umgekehrt wäre es aber naiv und wohl auch unverantwortlich, ihnen jene Entscheidungshilfen zu verweigern, ohne die sie im Grund mit ihren Problemen allein gelassen wären.

Damit ist ein zweiter kritischer Punkt angesprochen, der für die großen Religionen einschließlich der christlichen Kirchen, vor allem aber für ihre Vertreter in den Entwicklungsländern selbst, eine sehr praktische Herausforderung darstellt, der sie sich nicht entziehen können und dürfen. Zumindest im Hinblick auf so bevölkerungsreiche Länder wie Indonesien oder Bangladesh gilt, daß sie sich

einerseits kaum der Notwendigkeit der Familienplanung verschließen können. Andererseits aber scheuen sie – wenigstens offiziell – häufig davor zurück, die notwendige konkrete Hilfe zu leisten. Besonders fragwürdig und befremdend wirkt es in diesem Zusammenhang, wenn Vertreter der Kirchen in den Industrieländern Vorschriften zu diesen Fragen erlassen, die faktisch undurchführbar sind beziehungsweise einmal mehr auf Kosten der Ärmsten der Armen gehen¹¹. Welche Folgen dies hat, kann wohl nur der wirklich ermessen, der selbst einmal die Lebensverhältnisse in städtischen Slumsiedlungen oder ländlichen Elendsgebieten erlebt hat.

Absicht dieser Überlegungen war es, die Notwendigkeit eines interdisziplinären Dialogs, besonders zwischen Bevölkerungssoziologie einerseits und Ethik beziehungsweise Moralthologie andererseits, deutlich zu machen sowie das Gespräch über diesen sehr komplexen Themenkreis ein wenig anzuregen. Dabei sollte immer der Einsatz für den Schutz des Lebens und für menschenwürdige Lebensbedingungen zentrales Anliegen sein. Wie vielfältige Nöte dabei zu berücksichtigen sind, mag man daraus ermessen, daß beispielsweise in den armen Bergdörfern Javas nicht selten weit über 50 Prozent vorzeitige Fehlgeburten zu verzeichnen sind, aus dem einfachen Grund, weil die schwangeren Frauen unterernährt sind und zu hart arbeiten müssen. Diese und ähnliche Tatsachen lassen noch viel Umdenken in der Einstellung zur Entwicklungs-, aber auch Bevölkerungspolitik notwendig erscheinen.

ANMERKUNGEN

¹ Es kommt hinzu, daß der Verfasser lange Jahre in Indonesien gelebt und gearbeitet hat und von daher die Probleme auch aus eigener Anschauung kennt. Dies hat die hier dargelegte Position wesentlich beeinflusst. Auf Literaturverweise in indonesischer Sprache, auch des Verfassers, wird allerdings verzichtet, da dies nur für sehr wenige Leser von Nutzen sein dürfte. – Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Referats, das der Verfasser am 26. 2. 1984 in der Ev. Akademie Tutzing gehalten hat. Anlaß war eine gemeinsame Tagung der Akademie mit der Dt. Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Bayern, zum Thema der Weltbevölkerung. Ein Tagungsbericht von U. Ruh ist zu finden in: Herderkorrespondenz 38 (1984) 180–183.

² J. Müller, Entwicklung zwischen „Kulturverlust“ und Modernisierung. Überlegungen zu einer politischen Ethik der Entwicklung, in: Tutzing Blätter Nr. 2 (1982) 6–10. Dort wird dieses Entwicklungsverständnis auch näher begründet und entfaltet.

³ Zur Bevölkerungssoziologie generell sowie zur Bevölkerungsproblematik in den Entwicklungsländern vgl. u. a.: J. A. Hauser, Bevölkerungsprobleme der Dritten Welt (Bern, Stuttgart 1974); G. Myrdal, Asiatisches Drama. Eine Untersuchung über die Armut der Nationen, Kurzfassung von S. S. King (Frankfurt 1973) Kap. 21; ders., Politisches Manifest über die Armut in der Welt (Frankfurt 1970) Kap. 5; J. Schmid, Einführung in die Bevölkerungssoziologie (Reinbek 1976); ders., Das Weltbevölkerungsproblem, in: Weltprobleme, hrsg. von P. J. Opitz (München 1982) 31–75; ders., Das Bevölkerungsproblem in der Dritten Welt, in: Handbuch der Dritten Welt, hrsg. von D. Nohlen und F. Nuscheler, Bd. 1 (Hamburg 1982) 183–194; M. P. Todaro, Economics for a Developing World (London 1977) Kap. 11 und 12.

⁴ Vgl. Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten (Frankfurt 1980) bes. 39–45, 143–189. Aktuelle demographische Länderdaten findet man in: Weltentwicklungsbericht 1983, hrsg. von der Weltbank (Washington 1983) 174f., 210–213.

⁵ Diese These betrifft die „Theorie des demographischen Übergangs“ und die Fragwürdigkeit ihrer Übertragung auf die Situation der Entwicklungsländer. Vgl. hierzu bes.: G. Myrdal, a. a. O.; J. Schmid, Einführung in die Bevölkerungssoziologie, a. a. O. 277–296.

⁶ Zur Bevölkerungssituation Indonesiens vgl. u. a.: W. Röhl, Indonesien. Entwicklungsprobleme einer tropischen Inselwelt (Stuttgart 1979) 23–40; G. Heilig, K.-H. Schramm, Auswahlbibliographie Indonesien. Neuere bevölkerungswissenschaftliche Literatur zum drittgrößten Entwicklungsland der Erde (Bamberg 1984); T. H. Hull, Ida Bagus Mantra, Indonesia's Changing Population, in: The Indonesian Economy During the Soeharto Era, ed. by A. Booth and P. McCawley (Oxford 1981) 262–288; Widjojo Nitisastro, Population Trends in Indonesia (Ithaca 1970). Die in diesem Artikel genannten Daten basieren auf dem vorläufigen Ergebnis der Bevölkerungszählung von 1980, in: Kompas 9. 1. 1981.

⁷ Vgl. Th. Prinz, Bangladesh – Neue Perspektiven in der Familienplanung, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 25 (1984) Nr. 2, 4f.

⁸ Vgl. G. Wülker, Wertvorstellungen und generatives Verhalten in Entwicklungsländern, in: Perspektiven der Entwicklungspolitik, hrsg. v. K. Ringer, E.-A. v. Renesse und Chr. Uhlig (Tübingen 1981) 215–241.

⁹ Zum Problem der Transmigration in Indonesien vgl.: W. Röhl, a. a. O. 55–60; J. M. Hardjono, Transmigration in Indonesia (Oxford 1977); G. W. Jones, Indonesia: The Transmigration Programme and Development Planning, in: Migration and Development in South-East Asia: A Demographic Perspective, ed. by R. J. Pryor (Oxford 1979) 212–221.

¹⁰ Vgl. R. Keim, Familienplanung als Teil der medizinischen Entwicklungshilfe, in: Entwicklung und Zusammenarbeit 23 (1982) Nr. 3, 12f.

¹¹ Zur Position der großen Religionen in der bevölkerungspolitischen Debatte vgl.: G. Wülker, a. a. O. 230–235. Zur Diskussion in den christlichen Kirchen vgl.: Demographic Policies from a Christian View Point: Proceedings of the Symposium Rio de Janeiro, 27.–30. September 1982, hrsg. v. F. Biffi (Rom 1984).